

Kultusminister beraten Rechtschreibreform neu

Die Konferenz der Länderminister setzt das Thema wieder auf die Tagesordnung. Mehrere Landesregierungen wollen die Reform zurücknehmen lassen

Saarbrücken/Mainz - Die Rechtschreibreform wird nach einem Antrag des saarländischen Kultusministers Jürgen Schreier (CDU) im Oktober die Kultusministerkonferenz (KMK) beschäftigen. Das teilte KMK-Präsidentin Doris Ahnen (SPD) in Mainz mit.

Schreier hatte in einem Brief an seine rheinland-pfälzische Amtskollegin Ahnen gefordert, das von der KMK im Juni abschließend beratene Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Ahnen sagte dies zu, da Anträge der KMK-Mitglieder zur Tagesordnung grundsätzlich berücksichtigt würden.

Die Kultusminister könnten nicht unbeteiligt zusehen, wie die Rechtschreibreform von immer mehr Ministerpräsidenten und auch der Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) ernsthaft kritisiert werde, begründete Schreier seinen Antrag. Mehrere Ministerpräsidenten, darunter der saarländische Regierungschef Peter Müller (CDU), haben die geänderten Schreibregeln in Frage gestellt.

Übergangsphase endet am 1. August 2005

Die Rechtschreibreform wird nach mehrjähriger Übergangsphase an den Schulen zum 1. August 2005 verbindlich. Schreier fordert, unverzüglich den Rat für die deutsche Rechtschreibung einzusetzen, der an die Stelle der Zwischenstaatlichen Kommission treten soll. Der Zeitraum bis zum August kommenden Jahres dürfe nicht ungenutzt verstreichen.

KMK-Präsidentin Ahnen sprach sich indes entschieden gegen eine Rücknahme der Rechtschreibreform aus. Die neuen Regeln seien sinnvoll und hätten sich grundsätzlich bewährt, sagte Ahnen. Die Forderungen einzelner Ministerpräsidenten, die Reform wieder zurückzunehmen, nannte sie ziemlich überraschend. *WELT.de/AFP/dpa*

Artikel erschienen in WELT-online am Di, 27. Juli 2004